

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 3,50 z. mit Zustellgeld 3,80 z. Bei Postbezug monatl. 3,89 z. vierteljährlich 11,66 z. Unter Streifenband monatl. 7,50 z. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erhalten der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 18

Bromberg, Sonnabend, den 23. Januar 1937.

61. Jahrg.

Die deutsch-japanische Antikomintern.

Antwort an Eden.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im Verfolg der Durchführung des deutsch-japanischen Abkommens zur Bekämpfung des Bolschewismus ist nunmehr eine gemischte deutsch-japanische Kommission gebildet worden. Diese hat die Aufgabe, die weiteren zur Bekämpfung der Zersetzungsarbeit der kommunistischen Internationale notwendigen Abwehrmaßnahmen zu erwägen und zu beraten.

Zur gleichen Zeit, da diese Kommission konstituiert wurde, hat der japanische Außenminister Arita vor dem Reichstag in Tokio zu dem deutsch-japanischen Abkommen Stellung genommen und erklärt, daß der Kommunismus verantwortlich sei nicht nur für den spanischen Bürgerkrieg, sondern für die Verschlechterung der gesamten internationalen Lage, da die kommunistische Internationale Grundzüge vertritt, die nicht nur unvereinbar sind mit der nationalen Politik unseres Landes, sondern der menschlichen Natur an sich widersprechen. Über den Weg der Bildung von sogenannten „Volkfronten“ treibe die kommunistische Internationale ihre Zersetzungen anderer Völker weiter.

Die deutsch-italienisch-japanische Einheitsfront.

In Deutschland haben diese Feststellungen des japanischen Außenministers natürlicherweise weitgehende Zustimmung gefunden. Sie werden besonders deswegen unterstrichen, weil aus ihnen hervorgeht, daß im Gegensatz zu der vielfach namentlich in demokratischen Ländern geäußerten Auffassung die Herausarbeitung der bolschewistischen Weltgefahr für den Bestand der menschlichen Gesellschaftsordnung nicht ein Privatvergnügen Deutschlands ist, sondern die gemeinsame Grundlage der Außenpolitik der drei Großmächte Deutschland, Italien und Japan. Diese Feststellung vom dem weiten Geltungsbereich der antibolschewistischen Grundüberzeugung wird besonders dem englischen Außenminister entgegengehalten, dessen Rede in Berlin auf ziemlich einseitige Ablehnung gestoßen ist.

Antwort an Eden.

Der Hauptgrund für die weitgehenden Auffassungswidersprüche zwischen Deutschland und England ist nach deutscher Auffassung die grundlegend abweichende Beurteilung des bolschewistischen Problems. Minister Eden hat im Zusammenhang mit der spanischen Frage erklärt, daß im Zusammenhang mit der spanischen Frage, welche Regierungsform es sich wählen wolle, selbst wenn es sich für eine bolschewistische entscheide. Der Gleichstellung einer autoritären oder demokratischen Regierungsform mit der bolschewistischen wird in Deutschland und, wie man sieht, auch in Italien und Japan mit Entschiedenheit widersprochen. Nach Berliner Auffassung ist der Bolschewismus nicht eine Regierungsform, die sich ein Land wie jede andere geben könne. Da der Bolschewismus die Nation leugnet, territorial nicht gebunden ist und auch die Regeln des internationalen Völkerrechts nicht anerkennt, hat er sich nach deutscher Auffassung außerhalb der im übrigen grundsätzlich von den anderen Völkern anerkannten Regeln des menschlichen Gemeinschaftslebens gestellt. Wo er Einfluß gewinnt, wird nicht nur ein Angriff auf das betreffende Volk, sondern auf die menschliche Gesellschaft überhaupt ausgeübt.

Die europäische Aufgabe.

Die Erklärungen des deutschen Botschafters von Hassell, in denen er in Kenntnis der Besprechungen zwischen Göring und Mussolini den Gedanken einer notwendigen Solidarität aller europäischen Staaten herausarbeitete, brachte den klaren Wunsch zum Ausdruck, auch das russische Volk für diese europäische Gemeinschaft zurückzugewinnen. Das steht aber voraus, daß das russische Volk unter Abstreifung bolschewistischer Irrlehren in die Menschheitsgemeinschaft wieder zurückfindet. Nach deutscher Auffassung muß erst über die Bewertung des Bolschewismus eine einheitliche Auffassung erzielt werden, ehe die Begriffe „Spanien den Spaniern“ oder „Erhaltung des status quo“, wie sie sich übereinstimmend in den englischen, deutschen und italienischen Rundgebetungen finden, einen gleichen Inhalt erhalten.

Der Appell an Deutschland.

Diese Voraussetzung ist aber nicht nur erforderlich in der spanischen Frage, sondern auch hinsichtlich des Problems der europäischen Neuordnung überhaupt. Der englische Außenminister Eden hat einen Appell an Deutschland gerichtet, die Isolation zu verlassen und in eine wirtschaftliche und politische Gemeinschaft mit den anderen europäischen Völkern zurückzukehren. Er hat eine Hilfestellung der westeuropäischen Mächte angeboten, wenn Deutschland seinerseits durch die Übernahme neuer politischer Bedingungen einen guten europäischen Gemeinschaftswillen beweise. Diese Befandlung des europäischen Friedensproblems hat in Deutschland Befremden hervorgerufen. Zunächst wird die Behauptung einer Isolation Deutschlands als unrichtig abgelehnt. Die guten Beziehungen des Reichs zu Italien, Japan, Österreich, Polen, Spanien und zahlreichen anderen Mächten beweisen, daß die Isolierungstheorie in bezug auf Deutschland

eine Legende ist. Was die teilweise wirtschaftliche Ausgliederung Deutschlands aus dem Bereich der Weltwirtschaft betrifft, so ist diese Isolierung keine selbst gewollte, sondern durch die Notwendigkeiten erzwungen, die in dem Devisen- und Rohstoffmangel infolge der Ausplünderung Deutschlands während der Reparationsjahre eingetreten sind. Der Verbindung der Befriedigung der deutschen Wirtschaftsbedürfnisse mit neuen Beweisen guten politischen Willens wird in Berlin entschieden widersprochen. Die Erfüllung der deutschen Rohstoff- und Kolonialforderungen sei eine solche, die um ihrer selbst willen und im Interesse der Gesundung der Weltwirtschaft erfüllt werden müsse. Die Gesundung des Welthandels an sich ist die natürliche Gegenleistung, die aus der Erfüllung der deutschen Forderungen erwächst. Sie rechtfertigt die deutschen Forderungen um so mehr, als ihre Berücksichtigung auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung geboten ist, sind doch Deutschland die Kolonien und Rohstoffe unter dem Vorwand der kolonialen Lüge entrißen worden.

Von der Politik des „guten Willens“.

Vor allem aber wird in Berlin die erneute Forderung nach einem Beweis des guten Willens Deutschlands als eine schwere Belastung der internationalen Atmosphäre betrachtet. Es wird daran erinnert, daß seit Versailles Deutschland vergeblich

auf eine ehrliche und vorbehaltlose Geste einer Gleichberechtigungs-Anerkennung seitens der anderen Mächte gewartet hat. Die wiederhergestellte Souveränität Deutschlands auf allen Gebieten sei nur die Folge dieser Unterlassung. Unbeschadet dessen hat Deutschland durch zahlreiche Vorschläge sich bemüht, den Weg zu einer europäischen Befriedigung freizumachen. Sie sind alle ignoriert worden, nicht zuletzt, weil man sich das Recht zur militärischen und politischen Einkreisung Deutschlands ebenso vorbehalten wollte, wie man auf der anderen Seite die entscheidende Forderung Deutschlands nach Eliminierung der bolschewistischen Weltgefahr aus der europäischen Politik abgelehnt hat. Bei diesen Zusammenhängen sieht man in Deutschland auf dem Standpunkt, daß es nunmehr Sache der anderen Mächte ist, ihrerseits ehrlichen guten Willens zu zeigen.

Der Führer will Eden antworten.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau teilt mit:

Bekanntlich hat sich der englische Außenminister Eden in seiner Rede am 19. Januar insbesondere mit Deutschland beschäftigt. Wie der „Bölkische Beobachter“ erfährt, hat sich der Führer und Reichskanzler die Beantwortung dieser Rede, soweit sie auf Deutschland Bezug hat, selbst vorbehalten.

Museinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament.

Bolemit zwischen dem Ministerpräsidenten und Parlamentsmitgliedern.

In der Mittwochssitzung des Haushaltsausschusses des Senats setzte sich Ministerpräsident Siklowski auffallend scharf mit den Senatoren Radziwill und Gwert auseinander, die am Vortage kritische Ausführungen über das Verhältnis der Regierung zum Parlament gemacht hatten.

Zum Beginn der Sitzung referierte Senator Siklowski über den Vorschlag für das Präsidium des Ministerrats und kündigte einleitend an, daß eine Verordnung des Staatspräsidenten in Vorbereitung sei, um die Organisation der Regierung und im besonderen den Tätigkeitsbereich des Ministerpräsidenten, des Ministerrats und der Minister festzulegen. Bei Besprechung der Tätigkeit des Rechtsbureaus machte der Redner verschiedentlich kritische Bemerkungen. Die Atmosphäre, in der man in Polen lebe, sei der Stabilisierung in keiner Weise günstig. Man sei Zeuge einer wunderlichen Erscheinung: Kaum sei ein Gesetz veröffentlicht, werde auch schon ein neues Gesetz herausgebracht, das grundlegende Veränderungen bringe. Der Referent sprach von einer

„Dynamik in der Gesetzgebung“.

Sodann kam er auf das Verhältnis der Regierung zum Parlament zu sprechen und erklärte hierzu, daß die Unstimmigkeiten, die zwischen diesen beiden Faktoren entstanden seien, an den Grundlagen unserer Existenz rüttelten. Die Kritik sei nicht nur ein Recht des Parlaments, sondern auch seine Pflicht. Nach Ansicht vieler Mitglieder des Parlaments sei die Reaktion der Regierungsmitglieder auf die im Parlament geübte Kritik zu weitgehend, und daher werde dessen Autorität in der öffentlichen Meinung untergraben. Ein solcher Zustand könne, falls er weiter andauern sollte, zu unerwünschten, ja zu unberechenbaren Folgen führen.

Der Tod des Marschalls Pilsudski habe die Situation Polens grundlegend verändert. Es fehle die mächtige Rückwand, an der sämtliche Regierungen seit zehn Jahren einen Halt gefunden hätten. Der Wille sei erstorben. Eine tiefe Veränderung habe sich seitdem in Polen vollzogen, die der einzelne vielleicht nicht ermessen könne.

Mussolini nach Deutschland eingeladen?

Die Sensation des Tages bildet in Paris, wie die polnische Presse von dort meldet, die am Mittwoch nachmittag eingegangene halbamtliche Ankündigung einer bevorstehenden Begegnung Mussolinis mit Reichskanzler Hitler. Wie eine französische Nachrichten-Agentur unter Berufung auf Informationen aus deutschen halbamtlichen Quellen mitteilt, soll dieses Zusammentreffen im März in München erfolgen.

Diese Begegnung wäre, wie hervorgehoben wird, das zweite Zusammentreffen der beiden Staatsmänner. Zum ersten Mal trafen sie im Juni 1934 in Venedig zusammen. Es wird daran erinnert, daß Mussolini, seit er die Regierungsgewalt in seine Hände genommen hat, nur einmal nach dem Ausland gereist ist. Dies war im Jahre 1922, nicht ganz zwei Monate nach dem Marich auf Rom, als der neue italienische Ministerpräsident aus Lausanne in London eintraf, um dort die Kriegsschulden und Reparationen zu verhandeln. Es sei noch daran erinnert, daß Mussolini im November vorigen Jahres den Ungarn seinen Besuch in Budapest versprochen hat.

In der Aussprache ergriff auch

Ministerpräsident Siklowski

das Wort, um zu den Erklärungen der Senatoren, die Regierung dränge das Parlament in den Hintergrund, Stellung zu nehmen. Der Ministerpräsident führte Klage darüber, daß man ihn am Dienstag in Abwesenheit persönlich angegriffen habe, und verwahrte sich, stellenweise stark ironisch, gegen die Behauptung, daß er die Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Häusern ablehne. Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Ministerpräsident daran, daß der Sejm bereits vor einigen Wochen das Thema „Parlament und Regierung“ erörtert hatte, und daß damals eine „Versöhnung“ zwischen den Abgeordneten und ihm stattgefunden habe. Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident u. a.:

„Gestern waren Sie so freundlich, mich in meiner Abwesenheit anzugreifen, obwohl Sie es wußten, daß ich 24 Stunden später hier anwesend sein werde. Wenn ich als Regierungschef ein Neurascheniker wäre, würde ich darin den Willen erblicken, die Regierung zu demütigen. Aber ich bin weit davon entfernt.“

Stets vermute ich den guten Willen.

Sie hatten gestern gewiß nichts Böses im Sinne, ich werde es daher bei dem Beifall, den ich am 14. Dezember erhielt, bewenden lassen, da ich darin einen Ansporn für eine sachliche und aufrichtige Zusammenarbeit mit dem Parlament erblicke.“

Nach der Rede des Ministerpräsidenten entwickelte sich eine längere Aussprache, wobei die Redner, die den Ministerpräsidenten vorher angegriffen hatten, ihre Ausführungen stark abschwächten und betonten, daß ihnen eine persönliche Kritik am Ministerpräsidenten und an der Regierung ferngelegen habe. Der Haushaltsplan wurde schließlich gebilligt.

Vor einer Milderung des Pensionsgesetzes.

290 Millionen Zloty für Pensionen.

Die Haushaltskommission des Sejm beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Haushalt der „Pensionen und Verbesserungen“, für die im Vorschlag 290 Millionen eingesetzt sind.

Der Berichterstatter betonte, daß im unabhängigen Polen, wo Beamte gearbeitet haben, die aus drei Teilungsmächten mit verschiedenen Pensionsrechten arbeiteten, die Regelung des Pensionsproblems sehr schwierig gewesen sei. Außerdem habe man Beamte vorzeitig pensioniert und ihnen dabei leichtsinnigerweise Jahre angerechnet, die die Entlassenen zur vollen Pension brauchten. Diese Personalpolitik haben einen ungesunden Einfluß auf den Staatshaushalt gehabt. Noch im vorigen Jahre hätten trotz der eingetretenen Verschärfungen fast 75 Prozent der Gesamtzahl der Pensionäre ein Lebensalter von weniger als 55 Jahren gehabt. Das Pensionsproblem sei im vorigen Jahre infolge der Verordnung vom 22. November 1935 verschärft worden. Die Regierung hatte zwei Wege zur Herabsetzung der Ausgaben für Pensionen, und zwar entweder durch die Teilung der Pensionäre in polnische und diejenigen, die von den Teilungsmächten übernommen worden waren, oder durch Senkung aller Pensionen. Die Regierung wählte den ersten Weg, was einen empfindlichen Bündstoff schaffte.

Diese Operation untergrub das Rechtsgefühl des Bürgers und das Vertrauen der Beamten zum Staat.

Man hätte, so hob der Referent hervor, wie immer in den für den Staat schwierigen Augenblicken, den Pensionären neue Lasten auferlegen können, aber in einer solchen Form, daß die

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 22. Januar.

Temperaturanstieg.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Temperaturanstieg, nachts aber noch strengen Frost und leichte Bewölkung an.

Zu Jesu Füßen.

Vied: Es ist das Heil uns kommen her.
Text: Lukas 10, 38—42.

Die beiden Schwestern in Bethanien zeigen uns zwei verschiedene Arten, dem Herrn zu dienen und ihm die Liebe zu beweisen. Denn beide Schwestern lieben ihn und wollen jede auf ihre Art, ihm das zeigen, Martha mit der unermüdeten Geschäftigkeit ihrer Hände, Maria mit dem stillen Lauschen auf seine Rede zu seinen Füßen. Und diese beiden Schwestern stellen zwei verschiedene Arten und Formen des Christentums dar. Es gibt unter uns viele, die meinen, ihre Liebe zum Herrn nicht besser zeigen zu können, als in der Vielgeschäftigkeit äußerer Betätigung, besonders in sozialer Fürsorge für die Glieder des Leibes Christi. Da machen sie sich viel zu schaffen und sie leisten Großes, das darf niemand ihnen absprechen. Gewiß hat das auch seinen Wert nicht bloß für Menschen und Volk, sondern auch vor dem Herrn. Jesus lehnt den Dienst der Martha nicht ab, er tadelt ihn auch nicht, er hatte ein Wort wohlwollender Anerkennung für den guten Willen, der sich darin zeigt. Aber vergessen wir nicht: man kann soziale Arbeit treiben auch ohne Christus, sie ist oft kein Beweis des Christentums. Soziale Arbeit ist nicht allein Christentum und Christentum ist nicht allein soziale Arbeit. Andere Christen betätigen ihre Liebe zum Herrn mit Kirchgang und frillem Händchen, mit Lauschen auf sein Wort und Sitzen zu seinen Füßen und sie müssen sich gefallen lassen als faule und überflüssige Menschen angesehen zu werden. Aber muß man nicht erst in die Stille, ehe man in den Sturm kann? Muß man nicht erst vom Herrn nehmen, ehe man für ihn geben kann? Muß man nicht erst den Herrn an sich selbst wirken lassen, ehe man für ihn wirken kann? Man soll jenes tun und dies nicht lassen. Ehe wir für ihn reden und tun, laßt uns vor ihm schweigen und ruhen, ehe wir die Hände für ihn regen, sei unser Platz zu seinen Füßen.

D. Blan - Posen.

„Der realste Stadthaushalt seit Jahren“.

Brombergs Stadthaushalt für 1937/38 angenommen. — Interessante Debatten im Stadtparlament.

Bromberg, 22. Januar.

Das Bromberger Stadtparlament hatte gestern wieder seinen großen Tag. Der einzige Punkt der Tagesordnung, nämlich die Annahme des Stadthaushaltess für das Jahr 1937/38 hat nicht nur das Stadtparlament vollzählig auf den Plan gerufen, sondern auch die Stadtverwaltung und die Leiter der städtischen Betriebe waren fast vollzählig erschienen. Auf Grund des neuen territorialen Selbstverwaltungsrechtes hat die Stadt den Haushaltsvoranschlag jeweils bis zum 1. Februar den übergeordneten Instanzen einzureichen. Um diese Frist einzuhalten hat der Stadtpräsident als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung nach dem Beispiel des vorangegangenen Jahres zu den Beratungen in der Stadthaushaltskommission alle Stadtverordneten hinzugezogen. Diese Methode der Beratung hat sich infolge günstiger Auswirkung, als bei der eingehenden Erörterung des Stadthaushaltsplanes in der Budgetkommission jede Einzelheit gründlich durchgesprochen werden konnte, so daß schließlich die Annahme des Stadthaushaltes durch die Stadtverordnetenversammlung eine mehr oder weniger vorbereitete Tatsache war. Den Sprechern der einzelnen Fraktionen blieb nichts weiter übrig, als mancherlei Wünsche der Stadtverwaltung vorzutragen. Diese Wünsche sind mehr für den Eindruck in der Öffentlichkeit bestimmt, obwohl die Sprecher ebenso genau wußten, daß die meisten der vorgebrachten Wünsche unerfüllbar sind.

Anstelle des erkrankten Stadtpräsidenten übernahm gestern den Vorsitz der neue Vizestadtpräsident Spiekowski, der dadurch zum ersten Mal eine Stadtverordnetenversammlung in Bromberg leitete. Nach der Verabschiedung einer rein formellen Angelegenheit in bezug auf die Grenzänderung zwischen Bromberg und Jordan erfolgte die Berichterstattung über den neuen Stadthaushaltsplan für 1937/38 durch die Mitglieder der Budgetkommission Kurdelski und Kaucers. Wenn später in der Diskussion der eine der drei Redner diesen Stadthaushaltsplan als den „realsten seit Jahren“ bezeichnet hat, so kann man mit dieser Charakterisierung einverstanden sein. Der Plan sieht einen Ausgleich vor. Sein besonderes Merkmal liegt darin, daß größere Investitionen vorgesehen sind, u. a. für etwa drei Millionen Zloty Ergänzungen und Neubauten. Diese drei Millionen gehören zu dem „außerordentlichen Haushaltsplan“ und ihre Deckung ist zu zwei Fünftel durch Einnahmen und Subventionen und zu drei Fünftel durch neue aufzunehmende Anleihen gedacht. Die Aufnahme dieser Anleihen für Investierungszwecke liegt, wie die Stadtverwaltung hervorhebt, im Zuge des vierjährigen Investierungsplans der Regierung, was den Haushalt der städtischen Betriebe anbelangt, so ist auch hier eine besondere Investierungstätigkeit in Höhe von etwa 1,5 Millionen Zloty vorgesehen. In erster Linie werden etwa eine halbe Million Zloty vom Elektrizitätswerk für die Ausweitung des Stromnetzes im Kreise vorgesehen, darüber hinaus soll die Gleisanlage der Straßenbahn erneuert, ein Ofen in der Gasanstalt umgebaut, eine städtische Tierheilanstalt am Schachthaus errichtet und schließlich das Kanalnetz erweitert werden.

Die Gesamtsumme des Stadthaushaltes beträgt 19,5 Millionen Zloty und ist etwa um eine Million niedriger als im letzten Stadthaushalt.

Die Stadtverwaltung erklärt diese Erscheinung damit, daß sie im letzten Stadthaushalt Ersparnisse machen konnte, die im neuen Stadthaushalt verwendet werden. Die Gesamtausgaben für die Verwaltung betragen 22 Prozent und sind verhältnismäßig hoch. Eine Erklärung für diese hohen Verwaltungsausgaben findet man nach Ansicht der Stadtverwaltung darin, daß die Verwaltungsvorgänge nicht in einem Gebäude, sondern in der Stadt verstreut in mehreren Gebäuden untergebracht sind. Wenn es der Stadt gelingen sollte, ein großes Rathaus zu bauen, dann würde die Stadt jährlich an der Verwaltung etwa 250 000 Zloty sparen können. Der Stadthaushalt für das kommende Jahr sieht bei den Bezügen der Beamten eine Erhöhung um 18 000 Zloty vor, weil der Magistrat manche Zuschläge gewähren muß und den Beamten, die aus formellen Gründen nicht avancieren können, Gehaltserhöhungen zuzubilligen muß.

Die größte Sorge der Stadtverwaltung

sind die Verkehrsverhältnisse. Hier einen Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben zu erzielen, ist für absehbare Zeit unmöglich.

v Argentan (Gniwkowo), 21. Januar. Bei den letzten Gerichtsverhandlungen wurden wegen verschiedener Vergehen Geld- und Gefängnisstrafen bis zu sieben Monaten verhängt. Weitere Gerichtstage finden am 27. und 29. Januar statt.

Dem Bäckermeister Mattisek wurden aus dem Vorratsraum von unbekanntem Dieben 5 Zentner Mehl und 18 Pfund Puderzucker gestohlen. — Unbekannte Diebe erbrachen die Scheune des Bildners Erich Kinas in Szpital und stahlen 15 Zentner Roggen. Die Polizei hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. — Dem Molkereibesitzer Ernst Müller in Gasts wurde ein Fahrrad, das er vor dem Gasthause hatte stehen lassen, gestohlen. Der Polizei gelang es, den Dieb zu ermitteln und dem Bestohlenen sein Fahrrad zurückzugeben. — Auf dem Dominium Bpie wurden beim Dreschen 2 Zentner Erbsen gestohlen. Die Diebe konnten ermittelt werden.

* Inowroclaw, 22. Januar. In dem Städtchen Radziejowo Anjawick war es zu Arbeitslosen-Ausschreitungen gekommen. Auf dem Marktplatz hatten sich über 150 Arbeitslose versammelt, die in das Magistratsgebäude stürmten und vom Bürgermeister sofortige Unterstützung verlangten. Da dieser der Forderung nicht nachkommen konnte, wurde er von der aufgewiegelten und erregten Menge zu Boden geworfen, die Treppe hinuntergeschleift, geschlagen und auf den Marktplatz gezerrt, wo man ihn auf einen vorüberfahrenden Wagen warf, mit demselben bei dem strengen Frost hinter die Stadt in die Nähe der Ortschaft Biskupiz fuhr und dort im Graben abließ. Während dieser bestialischen Mißhandlungen war bittend und weinend dem Bürgermeister sein zehnjähriger Sohn gefolgt, was die heillosen Arzte nicht gerührt hat. In der Stadt selbst befand sich im Laufe dieser Ausschreitungen nur der Polizeikommandant, der ebenfalls von den ausgeheulten Arbeitslosen die Treppe hinuntergestoßen wurde. Später nahm dieser mit einem zweiten Polizisten die Verfolgung der Arbeitslosen auf, die dann nach allen Seiten auseinander-

müßig. Für die Straßenbahnen und Autobusse ist ein bedeutender Zuschuß von etwa 120 000 Zloty erforderlich. Alle noch so gearteten Vorschläge für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und damit der Einnahmen, erweisen sich nach eingehender Prüfung als unhaltbar. Im Zinsendienst wird die Stadt im kommenden Jahr 185 000 Zloty einsparen, demgegenüber sieht die Stadt für 1940 eine größere Ausgabe voraus, weil die Konvertierung einer Vorkriegsanleihe der Stadt fällig ist.

Für die öffentliche Gesundheitspflege ist gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung um 93 000 Zloty vorgesehen, weil die Stadt in diesem Jahre das neue Städtische Krankenhaus eröffnen will, das in den kommenden Jahren sicherlich einen größeren Zuschuß brauchen wird. Demzufolge hat die Stadt für die Übersiedlung in das neue Krankenhaus weitere 60 000 Zloty im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehen. Die Ausgaben für das Schulwesen und für kulturelle Bedürfnisse sind im großen und ganzen die gleichen geblieben, sie betragen etwa 14 Prozent des Normalbudgets. Für künstlerische Bedürfnisse (u. a. Stadtheater) ist durch einen neuen Vertrag eine Ausgabenbeschränkung um 10 Prozent erfolgt. Als Reineinnahme aus den städtischen Betrieben werden 100 000 Zloty erwartet, obwohl eine Senkung des Strompreises für Kraft von 33 auf 30 Groschen vorgesehen ist. Besonders hoch sind die Ausgaben der Stadt für Pensionen, die etwa 360 000 Zloty im Jahre betragen. Die Stadtverwaltung ist der Auffassung, daß hier keine Senkung erfolgen kann. Was die Einnahmen anbelangt, so glaubt der Magistrat mit größeren Steuerereinnahmen zu rechnen, und zwar mit einem Mehr von 300 000 Zloty, obwohl manche Steuern, wie die Hotelsteuer, die Militärsteuer und die Steuer für Vergnügungen und Schaustellungen ermäßigt werden konnten.

Nach der Berichterstattung über den Stadthaushaltsvoranschlag ergrißen drei Redner (Goralowski, Jaworski und Fiedler) das Wort, es waren die Sprecher der drei polnischen Gruppierungen. Im wesentlichen hatte man anzusetzen, daß der Stadthaushaltsplan die Schulbedürfnisse der Stadt nicht genügend berücksichtigt, vor allem daß kein Betrag für den Bau eines kaufmännischen Gymnasiums vorgesehen sei. Man bemängelte darüber hinaus die Ausbaupläne der Stadt, es sei soweit gekommen, daß das Stadtbild einen chaotischen Eindruck mache, weil die Neubildungen weit draußen an den Stadtgrenzen liegen.

50 000 Zł zur Bekämpfung des Judentums.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die Christlichen Demokraten und Nationaldemokraten eine Einsparung von 50 000 Zloty erstrebt hatten, um diese 50 000 Zloty in Form von zinslosen Krediten an kleine Handwerker und Kaufleute zu geben, die nach dem Osten übersiedeln werden, um dort das Judentum zu verdrängen. Die Stadtverwaltung hat jedoch diesen Plan dahin abgeändert, daß die Städtische Sparkasse diese Summe für die Zwecke der Übersiedlung nach dem Osten als zinslosen Kredit zur Verfügung stellt. Bromberg ist damit die erste Stadt geworden, die offiziell einen Kredit zur Bekämpfung des Judentums in den Ostgebieten ausgeworfen hat. Gegenüber der Sparkasse übernimmt die Stadtverwaltung die Garantie, und kommt auch für die Zinsen auf.

Das war ein Punkt, der u. a. dem nationaldemokratischen Stadtverordneten Konrad Fiedler wieder einmal Gelegenheit bot, seine „Entnationalisierungspläne“ sehr weit zu ziehen. Wir wissen nicht, was dies mit einer sachlichen Kommunalpolitik zu tun haben soll, wenn er in seiner mehr für seine nationaldemokratische Perversität bestimmten Rede die Wendung gebraucht, daß die „preussischen Behörden in diesem Teilgebiet gekauft haben“. Wenn diese Behörden hier „gekauft“ hätten, dann hätte Herr Konrad Fiedler niemals die Möglichkeit, so oft den gewaltigen zivilisatorischen und kulturellen Unterschied gegenüber den beiden anderen Teilgebieten hervorzuheben, wie er es tut. Seiner Ansicht nach müsse darüber hinaus die Stadt dafür Sorge tragen, „alle noch vorhandenen fremden Elemente aus Bromberg herauszudrängen“. Offensichtlich hat Herr Fiedler damit nur die Juden gemeint und nicht die Träger deutscher Namen, zu denen er selbst gehört.

Trotz dieser mit den Sorgen der Stadt keineswegs zusammenhängenden Ausfälle dieses Redners wurde nach sachlicher Debatte der Stadthaushaltsplan einstimmig angenommen. Das Stadtparlament hat zusammen mit der Stadtverwaltung ein großes Stück Arbeit geleistet. A. S.

stoben. Mit verstärkten Polizeikräften wurden abends acht Anführer verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. Die Untersuchungen ergaben, daß die Ausschreitungen von kommunistischen Agitatoren angezettelt worden waren.

+ Kolmar (Ghodziej), 21. Januar. Ihren 90. Geburtstag konnte die älteste Bewohnerin von Dziembowo, Frau Henriette Janke, geb. Buchholz, feiern.

ss Arnswitz (Kruszwica), 22. Januar. Die hiesigen Einwohner Janacy Zielinski und Ludwig Sokas, die mit ihren Ehefrauen das Fest der Goldenen Hochzeit begingen, erhielten als Geschenk vom Staatspräsidenten je 50 Zloty Bargeld, die ihnen vom Kreisstarosten überreicht wurden.

3 Posen, 21. Januar. Das Einwohner-Meldeamt ist aus den bisherigen Amtsräumen im alten Amtsgericht am Sapiehaplatz in das Gebäude des Steuerbureaus in der Neuen Straße, Eingang Nr. 2, verlegt worden.

Ein schwerer Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht zum Mittwoch in das Futtermittelgeschäft von Jan Stachowiak in der Waly Kazimierzowska in Bromberg von unbekanntem Personen verübt worden. Gestohlen wurden 11 Säcke Weizenmehl von je 2 Zentnern, 1 Zentner Weizenmehl, 1 Zentner Roggenschrot, 70 leere Säcke, eine eiserne Kasse mit Rechnungen der Mühle Koźrzyń, ein Brennabor-Berren-Fahrrad, ein goldener Chering, eine Zigarette mit blauem Gehsteine, ein brauner Ledertascher, ein Herrenanzug und ein Herrenhut im Gesamtwert von 1000 Zloty.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Dębski; für Anzeigen und Klammern: Edmund Prangański; Druck und Verlag von H. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bromberg, Sonnabend, den 23. Januar 1937.

Bommerellen.

22. Januar.

Graudenz (Grudzisz)

Seine Jahreshauptversammlung

hielt der Sportclub Graudenz (S. C. G.) Mittwoch abend bei gutem Besuch im großen Saale seines Clublokales ab. Nach Begrüßung der Erschienenen widmete der 1. Vorsitzende, Dr. Joachim Gramse, zunächst den im Vorjahre verstorbenen Vereinsangehörigen Georg Duda, Adolf Kunisch und Karl Redmer, herzlichste Gedenkworte.

Nach dem Bericht des Ökonomen, Kamerad Theodor Malinowski über die Verwaltung des Clubhauses, in dem die darin erfolgten Änderungen bekanntgegeben wurden, und an die Mitglieder die Bitte um fröhliche Unterstützung gerichtet, sowie denen gedankt wurde, die eifrig mitgewirkt haben, erfolgte die Erstattung der Berichte der einzelnen Clubabteilungen.

Über die Turnabteilung berichtete Obmann Kurt Senkbeil. Die Abteilung zählte Ende vorigen Jahres 67 Mitglieder. Bezüglich des Turnbetriebes sagt der Bericht, daß bei den Männern ein Einfallen der Besucherzahl festzustellen war, während die Frauen die Waage stielten.

Die Leichtathletik-Abteilung (Obmann: Franz Neubauer) hat 1936 zwar einen gewissen Stillstand gehabt, aber ihre Position als eine der besten Leichtathletikmannschaften gewahrt und damit ihr Ziel, das sie sich zu Beginn des Jahres steckte, voll und ganz erreicht.

Der Bericht der Tennisabteilung, die sich sehr wenig betätigt hat, besagt u. a., daß am 26. September ein Mannschaftskampf gegen Grün-Weiß Brösen ausgeschrieben wurde, der mit 1:6 für Brösen endete.

Vom Kassierer Felix Wyciowski wurde der Kassenbericht gegeben, der darzut, daß das Finanzwesen des Clubs durchaus geordnet ist. Die Revision durch die Kassenprüfer hat zu Beanstandungen keinerlei Anlaß gegeben, so daß dem Kassierer wie dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt wurde.

Es folgten die Wahlen. Danach setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Dr. Gramse, Stellvertreter Helmuth Domke, 1. Schriftführer Kurt Senkbeil, Stellvertreter Paul Neubert, 1. Kassierer Felix Wyciowski, Stellvertreter Theodor Malinowski.

Der Vereinsbeitrag bleibt in der gleichen Höhe, wie bisher, bestehen. Nachdem nach der Kassierer den Vorschlag für 1937 gegeben und Ehrenmitglied Becker, der demnächst Graudenz verläßt, ein von ihm verfaßtes, seine Anhänglichkeit an den SCG bezeugendes Abschiedsgebet verlesen hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Das Graudener Städtische Museum wurde im Jahre 1936 von 1378 Personen besucht. Auch Schulausflüge aus Warschau, Thorn, Schwes usw. nahmen die Gelegenheit wahr, das hiesige Museum zu besichtigen, ebenso Mittel- und Volksschulen aus Graudenz selbst.

Thorn (Toruń).

Das Wojewodschaftsbureau für Landwirtschaftliche Finanzangelegenheiten

in Thorn gibt bekannt: Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 2 vom 8. Januar 1937 erschien eine Verordnung des Ministers für Landwirtschaft und Landwirtschaftsreform, die wichtige Änderungen in der Verordnung vom 10. Januar 1935 in Sachen der Gebühren und Kosten der Verfahren vor den Schiedsgerichtsämtern bringt.

Hiernach kann der Vorsitzende des Schiedsgerichtsamts ganz oder teilweise von der Verpflichtung der Gebührenzahlung von jetzt ab befreien:

1. Personen, die aus Anlaß der Unwetterkatastrophe Vermögensschäden erlitten, sofern diese Personen eine Bescheinigung des zuständigen Starosten vorlegen, die die Höhe des Schadens feststellt;

2. Personen, die auf Grund einer Bescheinigung der Dorf- bzw. Stadtgemeinden über ihre Familien-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse nachweisen, daß sie die Zahlung der Gebühren für den Lebensunterhalt und den Unterhalt der Familienangehörigen erforderlichen Mittel beraubt; hierbei hängt es von dem Vorsitzenden des Schiedsgerichtsamts ab, ob die Bescheinigung für einen ausreichenden Beweis der Armut anerkannt wird.

Auf Verlangen einer Partei erstattet das Schiedsgericht im Falle der Zurückziehung eines Antrages oder Zustandekommens eines Vergleichs die Hälfte der relativen Einschreibung zurück.

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh fast unverändert 0,71 Meter über Normal. Die Ebende des Stroms hat eine Stärke von ungefähr 16 Zentimeter erreicht und wurde bereits von einigen Banbalken überschritten.

Der Thorner Kreisstarost veröffentlicht in der letzten Ausgabe des „Pomorzeński Dziennik Wojewódzki“ ein Verzeichnis, das die Reihenfolge derjenigen Auto- und Motorradbesitzer angibt, die ihre Fahrzeuge in Friedenszeiten dem Heere zur Beförderung zur Verfügung stellen müssen.

Die Eisenbahn-Bezirksdirektion Thorn will die Bahnhofs-Restaurations in Bromberg, Langafuhr, Gardeja, Nowo, Pipno und Wielka Wiesz-Hallerowo neu verpacken. Die Pachtanschreibung erfolgte im „Monitor Polski“ vom 20. Januar. Interessenten erhalten nähere Auskünfte bei der Handels- und Tarifabteilung in Bromberg bzw. im Danziger Bureau der Eisenbahndirektion in Danzig.

Zu Gunsten des Städtischen Komitees für die Arbeitslosen-Winterhilfe gingen vom 30. Dezember 1936 bis 5. Januar d. J. 3570,78 und vom 6. bis 14. Januar 4475,06 Zloty an Spenden von Privaten, Geschäften und Instituten ein.

Die Spannung im Thorner Stromnetz läßt seit einigen Tagen sehr zu wünschen übrig, so daß das Licht außerordentlich trübe brennt. Hoffentlich sorgt das Elektrizitätswerk für baldige Abhilfe dieses Uebelstandes.

Der Postfach für Radioangelegenheiten, der bisher nur in den Vormittagsstunden für das Publikum zugänglich war, wird, wie das hiesige Postamt bekannt gibt, ab 25. Januar d. J. auch in den Nachmittagsstunden und zwar von 15-18 Uhr - mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - geöffnet sein.

Postverkehr im Dezember. Im Monat Dezember vorigen Jahres gelangten im Thorner Hauptpostamt zur Aufgabe: 1467489 gewöhnliche Briefsendungen, 22190 eingeschriebene Briefe, 360 Wertbriefe, 9352 Pakete ohne und 359 Pakete mit Wertangabe, ferner 1692 Nachnahmeseudungen, 534 Postaufträge, 13912 Post- und telegraphische Überweisungen in Höhe von 1086211 Zloty, 2148 Anweisungen für die Postsparkasse in Höhe von 3267311 Zloty, 200572 Zeitungen, 20550 Zeitschriften und 2861 Telegramme.

Im September v. J. kam Stanislaw Bartosik aus Hermannsdorf (Etap) hiesigen Kreises nach Thorn, um hier eine Parzelle zu erwerben. Die für den Kauf bestimmte Summe in Höhe von 1130 Zloty trug er bei sich.

Bei seiner Wanderung durch die Straßen traf er den ihm bekannten, vorübergehend in Thorn wohnhaften Franciszek Wisniewski, mit dem er ein Gespräch anknüpfte. Nachdem Wisniewski über den Grund der Fahrt nach Thorn informiert worden war, erbot er sich dazu, zumal er auch erfahren hatte, daß Bartosik das Kaufgeld bei sich trug, B.

ein Stück zu begleiten. Hierauf setzte eine Wanderung von Kneipe zu Kneipe ein, wobei der Bauer tüchtig dem Alkohol zusprach, so daß er sich zuletzt kaum mehr auf den Beinen halten konnte. Durch seinen Begleiter in den Wartesaal des Bahnhofes gebracht, stieg Bartosik infolge der Luftveränderung der Alkohol so in den Kopf, daß er sich einschlämmerte. Dieser Augenblick sich zunutze machend, zog Wisniewski aus der Tasche des Schlafenden die Brieftasche mit dem Geld und begab sich mit seiner Beute auf den Friedhof, wo er sie vergrub, um gleich darauf Thorn den Rücken zu kehren. Bei seinem Erwachen stellte der Beschädigte den Verlust seiner Brieftasche fest und lief sofort zur Polizei, der es dann auf Grund der genauen Personalbeschreibung gelang, den Dieb in Kutno festzunehmen.

Diebstahl in der Schule. Ein bisher unermittelter Täter riß am Mittwoch von einem im Korridor der Volksschule in der Gerechtesstraße hängenden Mantel den Pelzfragen im Werte von 30 Zloty ab und machte sich damit aus dem Staube. Der Beschädigte, Kazimierz Lewandowski, ul. Krzyzacka 3, machte hiervon der Polizei Mitteilung.

Aus dem Landkreis Thorn, 21. Januar. Von Wege-Lagerern überfallen und seiner Brieftasche, des Taschenmessers und seines Portemonnaies mit Inhalt beraubt wurde in einer der letzten Nächte ein Besitzer aus Luben, als er sich nach einem größeren Bechgelage in dem Gasthaus in Birglau (Bierzglowo) auf dem Heimweg befand. Als der Beschädigte den Vorfall der Polizei meldete, konnte er, da er stark angetrunken gewesen war, weder die Zahl der Täter angeben, noch irgendwelche Anzeichen derselben beschreiben.

Lebtem Polizeibericht sind in Stadt- und Landkreis Thorn acht kleine Diebstähle verübt, einer aufgeklärt und zwei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften zu Protokoll genommen worden. Festnahmen lagen ausnahmsweise nicht vor.

Aus dem Landkreis Thorn, 21. Januar. Die Unsicherheit im Dreiwinkel nimmt, wie von den Bewohnern beklagt wird, immer mehr zu. Anscheinend ist es dem lichtscheuen Gesindel bekannt geworden, daß vor kurzem plötzliche nächtliche Hausdurchsuchungen bei vielen Bauern nach Waffen stattgefunden haben, denn bald folgten neue Diebereien ein. So wurden vorgestern bei Putt (Neumann) in Schilno vierzehn Hühner und eine tragende Zuchtsau gestohlen. Als der Beschädigte, die deutlich nach dem nahen ehemaligen Kongregationalen führenden Spuren mit Nachbarn verfolgte, wurden gegen sie Schüsse abgefeuert, so daß sie sich zurückziehen mußten. In Schilno und Grabowiz hat die Bewohnererschaft jetzt einen nächtlichen Selbstschutz eingerichtet, da Polizeireisende zu selten stattfinden.

Molkereiauto von einem Zug zertrümmert.

Br Aus dem Seekreise, 22. Januar. Ein der Gdingener Molkerei gehörender Lieferwagen mit Kannen, die 3500 Liter Milch enthielten, wollte bei Adlershorst vor der geschlossenen Eisenbahnbrücke der Bahnüberfahrt anhalten. Da jedoch die Bremse versagte, fuhr der Wagen durch die Barriere und blieb auf dem Geleise stehen, als im selben Augenblick ein Eisenbahnzug die Strecke passierte. Die Lokomotive erfaßte das Auto, schleifte es etwa 200 Meter mit und zertrümmerte es vollständig. Der Chauffeur erlitt nur geringe Verletzungen. Der auf dem Auto mitfahrende Eigentümer des Gutes Vanino sprang, als er sah, daß der Chauffeur den Wagen nicht anhalten konnte, etwa zwei Meter vor der Schranke vom Wagen.

Gdingen (Gdynia), 22. Januar. Vor dem Gdingener Kreisgericht fand die Verhandlung gegen Jan Goryniak, welcher seinerzeit sich um die ausgeschriebene Stelle des Schlachthofdirektors bewarb und auf Grund gefälschter Zeugnisse angestellt wurde, statt. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt.

Gdingen (Gdynia), 22. Januar. Ein neues Industrieunternehmen soll in Gdingen ins Leben gerufen werden. Um die vielen Fischabfälle, welche von den Räucherereien bis jetzt fortgeworfen wurden und den Überschub von nichtverkauften Fischen zu verwerten, wird in Gdingen eine Fischmehlfabrik errichtet werden.

In einem Holzhaus der Firma „Pagel“, in dem sich ein Magazin und eine Wartehalle mit Kantine befinden, brach am Schornstein Feuer aus und vernichtete einen Teil des Daches und einige Holzwände. Die Hafens Feuerwehrt und einige Schlepper nahmen sofort die Löscharbeiten auf, auch die Städtische Feuerwehr traf nach kurzer Zeit ein. Es gelang, trotz des starken Frostes und des Sturmes, das Feuer zu löschen. Der Schaden wird auf 3000 Zloty geschätzt.

Thorn.

Zum Karneval! Papieren, Hüte, Dominos, Masken, Konfekt, Luftschlangen, Papierlampions, Fächer usw. 1062 Justus Wallis, Toruń Szeroka 34, Papierhandlung, Tel. 1469.

Bandsburo. Anzeigen und Abonnements für die „Deutsche Rundschau“ nimmt zu Originalpreisen für Bandsburg an W. Tabatowski, Wiecbork.

Gute Pension für Schüler. Pension Bartel, Slowackiego 7. 1185 Graudenz. Wer beauftragt Schularbeiten (Tag Goethechule) Meldung, unt. Nr. 1396 an die Geschäftsstelle H. Kriebitz, Grudzisz. 3-Zimmerwohnung zu vermieten. Zu erfragen Rybacka 41. 1393

Kriegspotential und Friede.

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Zimmer wieder bestätigt es sich, wie gut es ist, sich vor Verzweigungen zu hüten, besonders vor solchen, zu denen man durch weltanschauliche Sympathien oder Antipathien verleitet werden kann. Es gibt in Polen viele nationale Presseorgane, für deren Einstellung in einer Reihe von inneren politischen Fragen man von nationalsozialistischer Seite aus, durch das Gefühl einer weltanschaulichen Verwandtschaft bestimmt, ein teilnahmsvolles Verständnis haben kann und es auch gerne befundet. Aber dieses Verständnis wird leider so selten erwidert. Ja, man findet sogar in diesen Organen in letzter Zeit Auffänge vor, welche der öffentlichen Meinung systematisch die argwöhnische Idee beizubringen suchen, daß hinter dem Kampf des Deutschen Reichs gegen den Kommunismus und dessen weitreichende Pläne der Umklammerung Europas ausschließlich imperialistische Ziele des Dritten Reiches lauern, und daß Deutschland sich des antibolschewistischen Kampfes bloß als eines augenblicklich besten Schlagwortes bediene, um eine Politik zu führen, die früher oder später zu einer gewaltsamen Einmischung in die Angelegenheiten eines Nachbarlandes und demnach zur Entfesselung eines Krieges führen werde. Es ist geradezu in gewissen „nationalen“ Blättern nur Mode geworden, die Friedensabsichten Deutschlands zu verdächtigen und alle Kommentare zu den außenpolitischen Ereignissen mit einer stereotypen Warnung der leitenden Faktoren vor der „Dinterklist-Berlins“, mit einem pathetischen: Cavel zu schließen.

Umso kräftiger heben sich von solchen von offenkundigen politischen Dilettanten verfaßten Laboraten — die wenigen Auffänge ab, die den Stempel politischer Sachkenntnis tragen und aus dieser Sachkenntnis heraus die nächstern Gegebenheiten darlegen, die für die Wahrscheinlichkeit der Behauptung des Friedens sprechen.

Ein bezeichnender Aufsatz dieser Art ist eben im „Kurjer Poranny“ erschienen, dessen innenpolitische Einstellung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung bekanntlich wenig gemein hat. Der Aufsatz, der vom jetzigen Sonderkorrespondenten dieses Blattes stammt, faßt beherzt das Thema der Friedensversicherungen des für die Politik des Deutschen Reichs doch einzig verantwortlichen und entscheidend maßgebenden Reichskanzlers an. Der Korrespondent läßt der meritorischen Behandlung der Friedensfrage eine Betrachtung über die Dissonanz zwischen dem Leiter einer dynamischen Außenpolitik und einer noch in veralteter Routine stehenden Diplomatie vorausgehen, wobei er auf die Maßnahmen des Reichskanzlers, diese auch in Deutschland vorhandene Dissonanz zu vermindern, hinweist. Wir wollen nicht darauf eingehen, ob und wie weit die Ausführungen über die Mängel einer veralteten diplomatischen Routine auf die deutschen Verhältnisse zutreffen; es ist auch nicht recht ersichtlich, wozu der Verfasser mit dieser Kritik der alten Diplomatie hinaus wollte, wenn auch die Annahme nicht ausgeschlossen sein kann, daß er vielleicht die veralteten diplomatischen Methoden dafür verantwortlich machen wollte, daß die Intentionen des Reichskanzlers in manchen Ländern nicht gebührend verstanden wurden. Umso klarer tritt die Darlegung des Verfassers hervor, die sich strikte auf die Frage der Wahrung des Friedens bezieht. Diese durch nüchterne Sachlichkeit gekennzeichneten Ausführungen des Korrespondenten des „Kurjer Poranny“ lauten folgendermaßen:

„Das Ausland und auch die ausländischen Beobachter in Berlin neigen dazu, dem Reich die Absicht und sogar den entschiedenen Willen zuzuschreiben, einen bewaffneten Konflikt zu entfesseln. Woher stammt diese beinahe vollkommene Einmütigkeit? Unserer Ansicht nach ist das ein Ergebnis der veralteten Erkundungsapparats, welcher nicht imstande ist, die ganze Entwicklung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Europa und die Entstehung neuer Formen zu begreifen. Ein unzweifelhaft ungünstiger Umstand ist das **Wettrüsten und die Bereitstellung riesiger Vorräte von Kriegsmaterial.** Muß aber die einzige logische Schlussfolgerung daraus die These vom unvermeidlichen Kriege sein? Oder bedeutet die vom Reichskanzler verkündete Lösung, daß er allen Versuchen des Kommunismus, in Europa Fuß zu fassen, sich kategorisch entgegenstellen werde — die Möglichkeit und den entschiedenen Willen, sich, unter dem Vorwande der Bekämpfung des Kommunismus, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen? Freilich würde, wenn wir abstrakte Schlüsse ziehen und vor allen anderen, über Krieg und Frieden entscheidenden Faktoren die Augen verschließen wollten, nichts anderes übrig bleiben als der äußerste und schwärzeste Pessimismus. In dessen, auch wenn man einen so wesentlichen Faktor, wie die wirtschaftliche Möglichkeit für Deutschland, Krieg zu führen, nicht in Betracht zieht, — und kein neuzeitlicher Krieg wird von kurzer Dauer sein — spricht gegen den Pessimismus und die Nichtigkeit dieser These ein anderer, sehr wesentlicher Umstand. Über die Chancen eines siegreichen Krieges entscheidet nämlich, außer den wirtschaftlichen Möglichkeiten, in hohem Maße, der Unterschied zwischen dem **Kriegspotential der einzelnen Staaten.** In dem Maße, da die Unterschiede im Stande der Rüstungen, der Kontingente der aktiven Truppen, der vorbereiteten Reserven, der Organisation der Zivilbevölkerung, der moralischen Kriegsbereitschaft — zwischen den einzelnen, möglichen Partnern des künftigen Konflikts größer werden, steigen die Chancen seines Ausbruchs, ungeachtet aller Erklärungen und Versicherungen.

„Es scheint uns, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 der Unterschied des Kriegspotentials zwischen den einzelnen Staaten sich nicht vertieft hat, sondern vielmehr die Tendenz zur Angleichung zeigt. Das kann eine Quelle des Optimismus sein.

„Wenn es sogar solche gibt, die eine Analogie vorfinden zwischen der gegenwärtigen europäischen Lage und der dem Weltkriege unmittelbar vorausgehenden Periode, so ist doch darauf hinzuweisen, daß gerade im Jahre 1914 die Unterschiede im Kriegspotential riesig waren und zugunsten Deutschlands ausfielen. Großbritannien hat beinahe keine Landarmee im vereinigten Königreich gehabt, Frankreich besaß ein veraltetes Artillerie-Material und ein veraltetes Panzertank-Reglement, was übrigens die ersten Schlachten im Westen erwiesen haben. Rußland verfügte nur über Massenmengen, welche aber mit dem nötigen technischen Material nicht ausgerüstet waren und die obersten russischen Militärfaktoren boten ein Bild völliger Demoralisation und Fäulnis. Unter diesen Bedingungen war die österreichisch-ungarische Armee trotz ihrer organisatorischen Mängel und ihres schlechten Stabes,

Neuer großer Schauprozeß in Moskau.

Pjatakow, Sotolnikow und Radel unter den Angeklagten.

Moskau, 22. Januar. (Dt.-Expres.)

Am 23. Januar wird vor dem Militärischen Kollegium des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion in Moskau ein neuer großer politischer Prozeß beginnen. Angeklagt sind insgesamt 20 Personen, darunter Pjatakow, Radel (Sobelson) und Sotolnikow (Brilliant). Es wird ihnen zur Last gelegt, eine als „Parallelzentrum“ bezeichnete oppositionelle Organisation gebildet zu haben und zwar im Auftrage Trozki's. Die Aufgabe dieses Geheimbundes soll darin bestanden haben, die Sowjetunion und ihre Landesverteidigung zu schädigen, „Diversionsakte“ auszuführen, zugunsten ausländischer Mächte Spionage zu treiben und einen Angriff dieser Mächte gegen die Sowjetunion herbeizuführen. Der Prozeß wird öffentlich verhandelt werden.

Damit wird nun endlich der politische Prozeß zur Tatsache, den Gerüchte immer wieder angekündigt haben. Die Hauptangeklagten gehörten zu den führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates. Pjatakow war erster Stellvertreter des Volkskommissars der Schwerindustrie und zählte zu den maßgebenden Persönlichkeiten der Sowjetwirtschaft. Sotolnikow war stellvertretender Volkskommissar der Holzindustrie, vorher hat er aber auch als Sowjetbotschafter in London schon eine bedeutende Rolle gespielt. Was Radel betrifft, so ist seine Tätigkeit als außenpolitischer Schriftleiter der offiziellen „Iswiestija“ bekannt. Der jetzt bevorstehende Prozeß wird natürlich an den Sinowjew-Prozeß im vorigen Jahr anknüpfen, denn damals wurden ja schon verschiedene Anschuldigungen gegen die nunmehr Angeklagten erhoben. Pjatakow hat damals in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, die ihn entlasten sollte, Radel verfaßte ein „Neubekanntnis“, wie es angibt, und unterläufiger faum gedacht werden kann. Es hat ihnen nichts geholfen. Nicht nur die außerordentlich schweren Beschuldigungen, die in der Anklage erhoben werden, sondern auch die Erfahrungen des Sinowjew-Prozesses lassen es als so gut wie sicher erscheinen, daß den jetzigen Angeklagten ebenfalls ein Schicksal droht, wie es Sinowjew, Kamenew und Genossen bereits erlitten haben. Mit welchen Enthüllungen die Vertretung der Anklage auf Grund des ihr vorliegenden Untersuchungsmaterials aufzutreten gedenkt, läßt sich vor der Eröffnung des Prozesses nicht übersehen. Man wird aber unwillkürlich daran erinnert, daß die Angeklagten im Sinowjew-Prozeß keinen Versuch gewagt haben, die Ergebnisse der damaligen Untersuchung irgendwie anzusehen.

Auch Bucharin verhaftet.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der bekannte Chefredakteur der „Iswiestija“ Nikolai Bucharin seiner Stellung formell enthoben worden und befindet sich bereits in Untersuchungshaft. Schon seit einem Jahr stand Bucharin unter dem Verdacht, als Angehöriger der Linksoption an einer Aktion teilgenommen zu haben, die den Sturz Stalins bezweckte. Während des Sinowjew-Prozesses wurde Bucharin schon einmal zur Verantwortung vor die Oberste Parteikontrollkommission gezogen. Jedoch konnte damals seine Mitschuld nicht einwandfrei nachgewiesen werden. Jetzt tritt die Angelegenheit Bucharins infolge der Verschärfung der inneren Kämpfe in der kommunistischen Partei in den Vordergrund. Bemerkenswert ist, daß auf der Tagung des 17. Rätekongresses der russischen Sowjetrepublik Kalinin die Gefahren der Opposition hervorhob und die schärfsten Mittel sowohl gegen die rechte wie die linke Opposition ankündigte. Da Bucharin mit Karl Radel (Chefredakteur der „Pravda“) eng befreundet war, vermutet man in Moskau Parteireisen, daß die bereits abgeschlossene Untersuchung gegen Karl Radel starke Belastungen Bucharins zutage gefördert hat.

Der „Angriff“ erinnert daran, daß Bucharin eine der prominentesten Figuren der alten kommunistischen Partei war und neben Stalin als der „größte Theoretiker

immerhin ein gewichtiger militärischer Faktor. Das Übergewicht des Kriegspotentials auf Seiten der Zentralstaaten war offenbar.

„Und heute?

„Daher scheint es uns, daß auch große Vorräte an Kriegsmitteln nicht notwendig im Endergebnis zu einem Ausbruch führen müssen.

„Natürlich muß, gerade in einer solchen Lage, die Diplomatie die Prüfung bestehen, die Routine von sich abschütteln und begreifen, daß der Frieden der Welt vor allem von wirtschaftlichen Problemen abhängig ist. Diese Probleme wird man nicht in den Salons, nicht mit Hilfe von Außerlichkeiten, sondern ausschließlich durch bewußtes Handeln, Klarheit des Urteils und angelegten Willen lösen.“

Soll das ein Fingerzeig für die polnische Diplomatie sein, die dem Verfasser des Aufsatzes den Anforderungen einer dynamischen Politik vielleicht nicht genügend Rechnung zu tragen scheint? Oder soll es ein Vorwurf gegen sie sein, daß sie mit der Presse nicht recht zusammenarbeiten verfehe?

Polen und der Kampf gegen den Bolschewismus.

Der „Gaz“, das Organ der konservativen Kreise Polens, beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Besuch des Generalobersten Göring bei Mussolini und stellt Betrachtungen zur Politik um die „Achse Rom-Berlin“ an. Der „Gaz“ meint, daß die Bildung einer Front gegen den Bolschewismus auch „ohne Totalisierung Europas“ geschehen könnte. Ein näheres und realeres Ziel scheint die Schaffung einer Koalition zu sein, die von der Dnieper bis zum Schwarzen Meer reichen und in Europa eine entscheidende Rolle spielen könnte. Ein solcher Gedanke wäre leichter zu verwirklichen, als die von Mussolini gebrauchte Formulierung von einem „neuen Europa“. Die Umrisse eines kommenden großen antibolschewistischen Blocs zeichnen sich, wie das polnische Blatt weiter ausführt, bereits ab, hinter dem das ganze westliche Europa stehen werde, um dessen Schicksal ohne das bolschewistische Rußland zu bestimmen. Wie dieser Bloc aussehen wird, läßt sich nicht voraussagen, aber es sei angezeigt, schon jetzt zu der Rom und Berlin verbindenden Achse Stellung zu nehmen.

des Kommunismus“ galt. Schon als 17-jähriger (1905) der bolschewistischen Partei beigetreten, nahm er 1906 zum ersten Male am Moskauer Aufstand teil, wurde 1909 zum ersten Male verhaftet, 1910 nach Sibirien verbannt, von wo er jedoch entfloß.

Nach vorübergehendem Aufenthalt in Deutschland lebte er in Wien, wo seine Freundschaft mit Trozki entstand. Während des Weltkrieges entwickelte Bucharin starke Propaganda unter dem Schlagwort, „den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln“.

Um seine Propaganda, die er in enger Fühlung mit Lenin führte, auszubauen, fuhr Bucharin 1916 nach Stockholm, wo er jedoch verhaftet und ausgewiesen wurde. Er begab sich nach den Vereinigten Staaten, um 1917 nach Ausbruch der russischen Revolution über Japan nach Rußland zurückzukehren. In Moskau wurde er zunächst Chefredakteur des bolschewistischen Blattes „Spartak“. Zugleich spielte Bucharin im Moskauer Bolschewistenrat eine bedeutende Rolle und wurde Autor des bekannten Dekrets Nr. 1 (über die revolutionäre Aktion gegen die provisorische russische Regierung). Einige „Umsturz-Reisen“ Bucharins nach Westeuropa als Beauftragter der Dritten Internationale folgten.

Im Jahre 1918 traf er mit Karl Radel und Rafowski in Berlin zusammen, um dort mit Karl Liebknecht einen Plan zur Sowjetisierung Deutschlands auszuarbeiten.

Später wurde Bucharin zum Mitglied des Vollzugsausschusses der Komintern ernannt, welchen Posten er bis zum Jahre 1928 innehatte. Dann wurde er wegen des Verdachts in einer Aktion zugunsten Trozki's verhaftet. Nach zwei Jahren konnte er jedoch nach Unterzeichnung eines Neubekanntnisses wieder offizielle Stellen innehaben und wurde 1931 mit der Stellung eines verantwortlichen Chefredakteurs der „Iswiestija“ beauftragt.

„Judas Trozki“.

Ein Ausfall des Moskauer Regierungsblattes.

In dem offiziellen Organ der Sowjetregierung den „Iswiestija“ ist ein längerer Artikel veröffentlicht, der sich mit dem Verdegang der bolschewistischen Partei in der Zeit vor dem Weltkriege beschäftigt. Dieser Artikel ist förmlich gespickt mit wütenden Angriffen gegen Trozki. Es wird gesagt, daß zu einer Zeit, wo die echten Bolschewiken bereits sich mit der Organisation der Partei befaßt hätten, Trozki sich mit einer Gruppe von Kompromißlern zu einem Kampf gegen Lenin vereinigt habe. Dabei werden Sinowjew, Kamenew, Sotolnikow als solche Kompromißler namentlich genannt. Weiter wird ein Brief Lenins an Gorki zitiert, in dem er Trozki als einen „Schelm“ bezeichnet. Zum Schluß des Artikels wird dann Trozki's Betätigung von heute in schärfster Weise angegriffen: ohnmächtige Wut erfüllt ihn gegen das Land des Sozialismus und die Lenin-Stalin-Partei, er habe die Rolle eines Handlungsreisenden des Faschismus übernommen, beschäftigt sich mit Spionage usw. Dieser „Judas“ sei als

Rettenhund des Faschismus

und Bannerträger einer kapitalistischen Restauration entlarvt.

Man hat den Eindruck, als ob die Erinnerungen an den bolschewistischen Verdegang in der Vorkriegszeit hauptsächlich im Zusammenhang mit dem jetzt bevorstehenden Prozeß gegen Pjatakow, Radel und Genossen heraufbeschworen werden. Trozki ist ja gewissermaßen Hauptangeklagter in allen den Trozki-Prozessen und wird daher immer wieder angegriffen. Sotolnikow, der in dem Artikel der Gruppe der sogenannten Kompromißler von einst zugehört wird, gehört jetzt zu den Angeklagten, die sich in dem Prozeß zu verantworten haben werden. Was die mehr als sonderbare Behauptung betrifft, daß Trozki für den Faschismus arbeite, so ist diese ja bekanntlich schon im Sinowjew-Prozeß vorgebracht worden.

14 Millionen Zloty für das polnische Winterhilfswerk.

Unter dem Vorsitz des Ministers Koscialkowski trat in Warschau der Vollzugsausschuß des Allpolnischen Komitees der Winterhilfe zusammen. Aus den in dieser Sitzung erstatteten Berichten geht hervor, daß die bisherigen Sammlungen zusammen mit den Naturalien einen Betrag von etwa 14 Millionen Zloty ergeben haben, wobei der Wert der eingegangenen landwirtschaftlichen Produkte mit 1½ Millionen Zloty geschätzt wird. Die Winterhilfe kam im Dezember und in den ersten Tagen des Januar über einer Million Personen zugute.

Die Kosten dieser Aktion betragen nach den bisherigen Berechnungen sechs Millionen Zloty monatlich; nicht eingerechnet sind die Verwaltungskosten, die von der Aktion der Winterhilfe nicht getragen werden. In einer Ansprache betonte Minister Koscialkowski u. a., daß die Eingänge an Beiträgen von den Wohnungsmieten nicht den Erwartungen entsprochen haben, ebenso seien die Ergebnisse der Sammlungen von landwirtschaftlichen Produkten unproportionell niedriger als man es nach den Meldungen hätte erwarten können. Das Komitee hat sich daher entschlossen, eine Kontrolle über die Leistungen von den Wohnungsmieten und vom Handel durchzuführen und an die Landwirtschaft einen Appell zur Vergrößerung der Opfer zu richten.

Warten Sie nicht länger

sondern bestellen Sie noch heute die „Deutsche Rundschau“. Dadurch haben Sie die Gewähr, daß Ihnen die Zeitung pünktlich vom 1. Februar ab zugestellt wird. Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

